

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die festgesetzte Korrespondenz 60 Hg. Restamalgemeine 1.— Wk.
2. Anzeigenannahme in der Redaktion dieses Blattes, Poststraße 10.
4.85 Spaltenweise von 8 Uhr. Abende und Sonntags Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.
Ersteinst wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 8 Uhr für den folgenden Tag.

Stierleihepreis: Durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Wk.
von unserer Seite ins Haus gebracht 6,00 Wk. und durch den
Einkäufer 8 Wk. Einzelnummer 20 Hg.

Stierleihepreise und monatliche Beiträge werden auch in der
Geschäftsstelle, Poststraße 10, nach unserer Seite mit allen
Bekanntmachungen angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 111

Dienstag, den 20. September 1921.

60. Jahrgang

Das getränkte Frankreich.

In Paris sieht man ein, daß sich Frankreichs Stellung zu seinen Verbündeten und zu den Neutralen geändert hat. Es geht nicht mehr nach seinem Willen, und ist darob bitter gekränkt. Vor einem Jahre, nach der Konferenz von Spa, stand es auf der Höhe seines politischen Einflusses in Europa, es hatte England überrollt, Italien umgerannt und fast durch, was es wollte. Die Sanktionen und das Ultimatum brachten den Umschwung. Unter den Folgen litt nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa, voran das auf den ungehörigen Sanktionen angewiesene England. Sich zu Frankreichs Gunsten schädigen zu lassen, bestand nirgends Meinung, die gescheiterte Pariser Konferenz aber über die Sanktionen brachte das deutsche Tages. Die Wiederbindungstung in Genf beschrieb diese Katastrophe.

Die Pariser Zeitungen beschwerten sich bitter über die Zurücksetzung Frankreichs bei der Verteilung der ersten deutschen Goldmilliarde und über die Nichtberücksichtigung des französischen „Rechts“ in Oberschlesien. Von einem solchen „Recht“ ist bekanntlich keine Rede, und daß Deutschland außer stande ist, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen, wenn es noch weitere Sanktionen erleidet, weiß jeder. Es ist dräuflich, daß Frankreich, während es sich über die Abweisung seiner Interessen durch seine eigenen Freunde beklagt, mit erhöhter Energie darauf besteht, sich an Deutschland schadlos zu halten. Die Sanktionen, die am 15. September fallen mußten, hatten unter nicht geringen Schwierigkeiten überlebt, und eine neue Aktion wird gegen die angebliche deutsche Verletzung der Pariser Konferenz geplant. Die Garantiekommission der Entente, die am 23. Oktober nach Berlin kommt, soll genau prüfen, ob die deutschen Weisungsangaben nicht zur Sicherung der Reparationszahlungen erzwungen werden können. Wenn die Garantiekommission gezwungen werden sollte, so ist das, da wir unsere Verpflichtungen bisher nachkommen sind, Sache der deutschen Reichsregierung und nicht der Entente. Erst wenn wir mit Zahlungen erfüllt im Rückstand bleiben, kann die Entente einschreiten.

Auch die Pariser Bestrebungen, das Memelgebiet mit dem preussischen Baltikum zu vereinigen und dadurch dessen Gebiet, wie schon früher Polen, an Preußen zu fügen, gehören zu den Plänen, die sich gegen Deutschland richten. Wir wären dann im Osten durch die tschechisch-polnisch-litauische Mauer eingeschlossen. Von Paris aus braucht nur gewinkt zu werden, wenn einmal wieder Grund zu einer Stratifikation gefunden sein sollte, und wir haben rechts und links den Kettensack auf dem Hals. Und diese Projekte werden Frankreich zur Schau, obwohl wir den Wiesbadener Verhandlungen zwischen den Ministern Rathenau und Doumer das weitgehendste Anerkennen für die Sachlieferungen an Frankreich gemacht haben. Aber es scheint wirklich so, je mehr Frankreich sich über andere ärgert, desto mehr müssen wir ausbaden. Es wird Zeit, daß das deutsche Volk den Gedanken hat, daß damit die Völker sehen, aus welchen niedrigen Gründen die Verleumdung des europäischen Wirtschaftslebens weiter gesteigert wird.

Bayerns Abwehr.

Scharfe Antwort auf den Bericht Weismanns.
Am Ständigen Ausschuss des bayerischen Landtages gab Staatssekretär Dr. Schwayer eine längere, teilweise ziemlich scharfe Erklärung zu dem vom Reichsfinanzminister am Reichstagsausgang verlesenen Bericht des Staatskommissars Weismann ab.

Der Bundestag wendet sich die bayerische Regierung mit Schärfe dagegen, daß der preussische Staatskommissar und nicht der Reichskommissar in der Sache tätig war, und daß dieser in Bayern tätig wurde, ohne die bayerische Regierung zu fragen, besonders da auf Grund der sogenannten Weismanns, die den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an sich trugen, von höchsten Beamten des Reiches gegen eine Landesregierung Stellung genommen wurde. Auf die Klindermardern von dem verhängenen Ragen bei München und die Besetzung Garbars durch Geisler hätte man nicht heranziehen sollen. Solches Verhalten trage nicht zu einer Klärung der jetzigen Spannung bei. Es sei unerträglich, daß der Bericht Weismanns der bayerischen Regierung noch nicht zur Kenntnis gekommen sei.

Die Anschuldigungen gegen den Justizminister Dr. Roth seien ganz erfunden. Kapitän Czerny hat nicht nur zurecht die Auflösung seiner Truppe im März 1920 den Reichspräsidenten Kochner wegen der Unterbringung seiner Leute mehrere Male aufgefordert, zur gleichen Zeit verkehrte Ehrhardt auch noch im Reichswehrministerium. Der Haftbefehl gegen Ehrhardt wurde erst im Mai erlassen, seitdem ist Doehner nicht mehr mit Ehrhardt in Verbindung gekommen und hat die gesamte bayerische Polizei nach Ehrhardt gefahndet. Daß es noch nicht gelungen sei, ist nicht Schuld der Polizei.

Staatskommissar Weismann sei in seinem Bericht höchst leichtfertig umgegangen. Die bisherigen Feststellungen berechtigen in keiner Weise dazu, von einer Weidbergzentrale in Bayern zu sprechen.

Die Fortsetzung der „Sanktionen“.

Frankzösische Auskünfte.

Die französische Regierung veröffentlicht ein offizielles Kommuniqué, worin sie erklärt, daß die Sanktionen im Rheinland nicht aufgehoben wurden, weil die deutsche Regierung dem Antrag der französischen Regierung der Errichtung eines Ein- und Ausfuhrbüros auszuführen, nicht Folge geleistet habe. Allerdings richtete die Weidbergzentrale am 26. August an die französische Regierung eine Note, worin sie der Errichtung eines solchen Büros unter gewissen Bedingungen zustimmte. Auf diese Note antwortete Brandt schriftlich und verbindlich gleichzeitig den deutschen Volkshäuser in Paris, daß die Aufhebung der Sanktionen mit der formellen und bedingungslosen Annahme des internationalen Ein- und Ausfuhrbüros verknüpft sei. Da diese Zustimmung Deutschlands bis zum 15. September in Paris nicht eingetroffen war, hätten die Sanktionen nicht aufgehoben werden können.

England ist anderer Ansicht.

Zur gleichen Angelegenheit veröffentlicht dagegen Reuters eine halbamtliche englische Auslassung, die in diesem Gegenstand zu der französischen Mitteilung steht. Darin heißt es nämlich zunächst, daß die Weidbergzentrale in London, Paris und London, über die Aufhebung der Einfuhrsanktionen der Deutschland angelegten wirtschaftlichen Sanktionen andauernd. Der Oberste Rat war im August übereingekommen, die Zollsanktionen auf dem rechten Rheinufer aufzuheben, vorausgesetzt, daß Deutschland eine Milliarde Goldmark bis zum 31. August zahlte. Er habe ferner die Einführung eines internationalen Ausfuhrbüros beschlossen, der die Bewilligung von Einfuhr- und Ausfuhrerleichterungen überlassen sollte.

Die französische Regierung fordere, daß dieser Ausschuss viel weitere Machtbefugnisse erhalte; er sollte eine föderale Äußerung sein mit voller Befugnis, Deutschland hinsichtlich der Erteilung aller Genehmigungen Vorschriften zu machen. Es wird in London nicht bestanden, wenn der internationalen Ausschuss zu umfassende Machtbefugnisse erhalte, welche Vorteile Deutschland dann durch die Aufhebung der Sanktionen gewinnen würde. Obwohl als ausgemacht gelte, daß Deutschland der Einführung des vorgelegenen Ausfuhrbüros im Prinzip zugestimmt hat, behauptete die französische Regierung, daß Deutschland nicht gewillt sei, den Plan durchzuführen, und sie erklärte, daß die wirtschaftlichen Sanktionen deshalb aufrecht erhalten werden müßten.

Wenn gewisse Punkte, so stellt die Reutersklärung, durch die jetzt im Gange befindlichen Verhandlungen aufzuklärt sein werden, dann wird zu verhoffen sein, daß die ganze Frage in befriedigender Weise gelöst werden wird.

Auch Belgien für Aufhebung der „Sanktionen“.

Der belgische Minister des Äußeren, Jaspar, erklärte einem Pressevertreter über die Frage der „Sanktionen“, daß die Antwort der deutschen Regierung noch unbestimmt gehalten sei. Es bestehe indes kein Zweifel daran, daß eine Regelung nahe bevorstehe. Jedermann müsse wünschen, daß Maßnahmen ein Ende gesetzt werde, die das Wirtschaftsleben, nicht nur des Rheinlandes in seinen Beziehungen mit Deutschland, sondern auch des linken Rheinufers im Verkehr mit Belgien empfindlich fähren.

Frankreichs „Garantiepolitik“.

Im Finanzausschuss der französischen Kammer gab Doumer eine Überleit über die Wiesbadener Verhandlungen. Er habe sich besonders mit dem Fall beschäftigt, daß Deutschland Zahlungsunfähigkeit werden sollte. Sollte diese Möglichkeit eintreten, dann wolle Frankreich die 30 Fontrolle mit Bezug auf die deutsche Ein- und Ausfuhr überlassen England, das sich bisher dieser Politik grundständig feindselig gezeigt habe, schmeinte, da es besser informiert sei, und seinerseits die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands fürchte, geneigt zu sein, mit Frankreich die Garantiepolitik durchzuführen.

Die neue preussische Grundsteuer.

Der Entwurf der preussischen Regierung.
Über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen ist bekanntlich jetzt dem preussischen Staatsrat zugegangen. In einer amtlichen Begründung des Entwurfs wird ausgeführt, daß der preussische Staatshaushaltsplan für 1921 einen Gehaltbetrag von 2360 Millionen Mark aufweist. In dieser Finanznot nimmt der Staat die Einnahmen aus

der Grund- und Gebäudesteuer für sich in Anspruch und schränkt damit die Einnahmen der Gemeinden stark ein.

Weitermittlung.

Die vorläufige Steuerungsgrundlage liegt der Weitermittlung nach dem preussischen Ertragsausgleichs-Gesetz vor, weil sie auch die landwirtschaftlichen Betriebsmittel in den Kreis der Grundvermögen des Betriebsmittels einbezieht, und weil sie die Steuerobjekte nach wirtschaftlichen Einheiten erfasst. Dagegen soll ein Abzug der Hypothekenzinsen nicht zugelassen werden, weil die Ertragsausgleichs-Gesetz die Ertragsausgleichs-Gesetz einbezieht werden dürfen.

Berücksichtigung des „Realwertes“.

Bei der Berechnung soll den inwärtigen infolge der Bodenmehrung und Vergrößerung der wirtschaftlichen Beziehungen festgelegten Gebiets, dem „Realwert“, ein angemessener Abzug gemacht werden, so daß „bis auf weiteres“ bei den Land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundflächen das dreifache, bei den übrigen Grundflächen das anderthalbfache der letzten Ertragsausgleichssteuerwertes angenommen wird.

Der Steuerfuß.

Der Entwurf sieht, ausgehend von dem 10 v. H.-Satz der Kapitalertragsteuer, eine Belastung mit 10 v. H. des Ertrages der Grundfläche vor. Die Steuer soll deshalb (unter Annahme einer vierprozentigen Verzinsung des Realwertes) zum Teil des Realwertes betragen. Berechnungen ergeben, daß bei dem 10 v. H.-Satz der Steuer die Realwerte in dem Maße durch die neuen Steuerfüße etwa 10 v. H. belastet werden, während für den landwirtschaftlichen Besitz die Belastung durchschnittlich auf den Morgen 4,40, bei den am wichtigsten ergebnissen Boden 2,80 und bei den am geringsten 0,60 Mark ausmacht.

Abwälzung der Steuer.

Die Regierung gibt selbst an, daß die neue Steuer eine recht erhebliche Belastung bedeutet und daß der Eigentümer von Grundvermögen gemindert sein wird, die auf andere Schulden abzuwälzen. Eine Abwälzung der Steuer auf die Mieter und auf die Konsumenten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird sich also nicht vollziehen können. Für den Land- oder forstwirtschaftlichen Besitz der Ertragssteuer schaffte der Gesetzentwurf ausdrücklich die Möglichkeit einer Abwälzung, wie sie übrigens für die Verrentung von Gebäuden oder Grundstücken auch das Reichsrentengesetz vorsieht.

Der Ertrag der Steuer

Er soll 948 Millionen Mark veranschlagt. In diesem Punkt können sollen die Land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundflächen mit rund 450 Millionen Mark, die übrigen, d. h. Mietshäuser, Eigentümerversammlungen, gewerbliche Grundstücke, Banplätze, mit etwa 498 Millionen Mark belastet sein.

Das voraussichtliche Steueraufkommen deckt den Gehaltbetrag des Staatshaushaltsplanes für 1921 noch nicht zur Hälfte. Die Deckung des übrigen Gehaltbetrages erhofft man von einem erhöhten Aufkommen aus den Reichssteuern.

Deutsches Reich.

19. September 1921.

Eine neue Zusammenkunft in Wiesbaden. Die Pariser Zeitung „Intransigent“ berichtet, daß eine neue Zusammenkunft zwischen Doumer und Rathenau im Laufe der nächsten Woche in Wiesbaden stattfinden wird. Wie das Blatt weiter berichtet, soll Doumer einen Vorschlag über die Regelung der Ausfuhrfragen in der Folge haben, über den er mit Rathenau zu sprechen beabsichtigt.

Zurückkehrende Kriegsgefangene. Nach einer Mitteilung aus Wladivostok kehren 50 Deutsche, die sich inzwischen noch in Wladivostok aufgefunden haben, auf dem Dampfer Crook nach Deutschland heim. Der Dampfer Crook hat Wladivostok am 9. September verlassen und wird etwa in 7 Wochen Ende Oktober in Triest eintreffen. In Natalia ist eine Anzahl ausgewiesene Deutsche eingetroffen, von denen die Mehrzahl mit dem Dampfer „Diambi“ des Rotterdamers Lloyd voranschifflich am 26. September in Rotterdam eintreffen wird. Das deutsche Konsulat in Wladivostok und der Kommissar des Roten Kreuzes in Wladi werden für den Empfang und die Weiterreise des Transportes Sorge tragen.

Die Klärung von Aufschüssen. Die Reparationskommission veröffentlicht einen Bericht über die deutschen Lieferungen von Aufschüssen an die Alliierten. Ein amerikanischer Sachverständiger war bei der Prüfung dieser Angelegenheit beauftragt. Er bestimmte, daß die Abtretungen insgesamt 20 Proz. der Gesamtzahl der deutschen Aufschüsse bis zum 1. November 1918 überfreigeben dürfen. Die belgische und die französische Regierung haben mit Deutschland Vereinbarungen getroffen, einen Teil der alten Fahrzeuge, die zu ersetzen sind, durch neue zu ersetzen, da es sich herausstellte, daß eine Anzahl der von Deutschland gelieferten Aufschüsse nicht gangbar sind. Es handelt sich um ungefähr 100 000 Tonnen. Es ist ein Kompensations für die französischen und um 68 000 Tonnen für die belgischen Bedürfnisse.

Ein bayerischer Staatspräsident.
 München, 17. September. Die Bayerische Volkspartei hat im Landtag folgende zwei wichtige Anträge eingebracht:
 1. Die bayerische Staatsregierung wolle baldmöglichst einen Geheimschutz vorlegen, der einen Staatspräsidenten an der Spitze der Staatsregierung vorsehe.
 2. Die bayerische Staatsregierung wolle im Reichsrat eine Gesetzesvorlage beantragen, nach der die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten dahin beschränkt werden, daß sie in keine Hoheitsrechte eines Landes eingreifen dürfen, daß insbesondere der Willkür eines vom Reichspräsidenten jeweils beschylenen Ausnahmestandes Ende der Landesregierung liege.

Eine Erklärung der französischen Demokraten.
 München, 17. September. Von den französischen Organisationen der Deutsch-demokratischen Partei wird erklärt, daß eine Koalition mit der Bayerischen Mittelpartei unter keinen Umständen mehr möglich sei und daß auch die Person des Herrn v. Kahr als Ministerpräsident unannehmbar sei.

Protest gegen die Gründung einer Republik Franken.
 Nürnberg, 17. September. Die Bayerische Mittelpartei in Nürnberg erklärt folgenden Aufruf an die Gesamtbevölkerung Frankreichs: Die Deutschpartei Nürnberg der Bayerischen Mittelpartei nahm in einer am 14. September im Saal der Schilling-Gesellschaft stattgefundenen Versammlung der Gründung einer Republik Franken erklärte sie einmütig als ein Verbrechen gegen das bayerische Land und Volk und seine Geschichte.

Rede Hindenburgs in Oldenburg.
 Oldenburg, 17. September. Auf dem Regimentstags in Oldenburg richtete General-Feldmarschall von Hindenburg folgende Worte an die Teilnehmer: Kameraden! Wir haben diesen Tag hindurch Schlichter an Schlichter gefunden in großer und schwerer Zeit. Ziel ist uns genommen, was durch nichts ersetzt werden kann, aber eins ist geblieben: unser teures deutsches Vaterland. Ich appelliere an meine alten Kameraden, die bereit gewesen sind, Leib und Seele für das Vaterland hinzugeben, daß Würde und deutsche Selbstständigkeit wieder Allgemeingut unseres Volkes werden.

Dr. Grahauer amtsübrig?
 Dresden, 17. September. In Dresden verläutet aus im allgemeinen gut unterrichteter Quelle, daß für den Posten des sächsischen Gesandten in Berlin in erster Linie der letzte Reichsminister des Innern Dr. Grahauer in Frage komme. Dr. Grahauer soll, wie verlautet, einem Eintritt als Reichsminister und einer Annahme des sächsischen Gesandtenpostens im Hinblick gegenübersehen.

Der demokratische Parteitag.
 Der diesjährige dritte (ordentliche) Parteitag der Deutsch-demokratischen Partei findet vom 12. bis 14. November 1921 in den Gesamtanlagen des Parkhauses zu Bremen statt. Am 11. November tritt der Parteiausgleich beiseite zusammen.

Ein 20-Mark-Stück = 450 Mark.
 Berlin, 17. September. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Hoff erfolgt in der Woche vom 19. bis 25. März zum Preis von 450 Mark für ein 20-Mark-Stück, 225 Mark für ein 10-Mark-Stück. Für ein Kilogramm Feingold zahlte die Reichsbank 63 000 Mark, für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Erzherzog Karl zahlt keine Steuern.
 Genf, 17. September. Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, den Erzherzog Karl von jugoslawischen Steuern und von der Unterwerfung unter die jugoslawische Rechtsprechung frei zu stellen. Der Bundesrat erklärt in ihm einen ausländischen Souveränen, der auf schweizerischem Gebiete weilt und durch die Entente in die Unmöglichkeit gestellt ist, seine künftigen Funktionen auszuüben.

Frankoschiff Schuyne in Marokko?
 Paris, 18. September. Nach einer „Journal“-Meldung aus San Sebastian besagen Gerüchte, daß eine französische Kolonne etwa 100 Kilometer von Meknes durch eine sehr große Gruppe Mauren angegriffen wurde. Sie soll am ersten Tage 400 Tote und Verwundete, am zweiten Tage 300 Verlorenen haben. Am dritten Tage seien drei von den Mauren umzingelte Kompagnien getötet worden, sich zu ergeben und seien ins Innere geflüht worden.

Unter der Fremdenverehrung. Nach dem „Echo du Nord“ hat die Reichslandeskommission für drei Monate den Nordwesten als die „Reichs-Internationale Jugend“ im besetzten Gebiet vorsehen und sich fernher vorbehalten, diejenigen Publikationsorgane endgültig aus dem besetzten Gebiet auszuschließen, die bereits zweimal verboten waren und diese Verbotung nicht beachten haben. — In der Zeit vom 15. Juni bis 15. September wurden 145 Ausweise für den aus dem besetzten Rheinland verläßt, hauptsächlich gegen Deutsche.

Alte nationale Nachrichten.
 Berlin. Der Reichsminister des Innern hat die in Berlin ergriffenen Maßnahmen. Die Tradition für die Zeit vom 16. bis einschließlich 29. September 1921 besen.
 Braunschweig. Die braunschweigische Landesregierung hat einen angelegentlich Vortrag des deutschnationalen Parteiführers Dr. v. Harnack.
 Memel. Die Ostpreussische Landeshauptstadt hat den Antrag der kommunistischen Partei, die „Deutsche Volkshilfe“, für die Zeit vom 17. bis 20. September verboten.
 Kantonien. Der deutsche Ausweis für Oberfeldwebel hat den Wählerbundesrat in Genf telegraphisch gebeten, seine ursprüngliche Weisung durchzuführen und die Prüfung der oberfeldwebeligen Verhältnisse im Lande selbst vornehmen zu lassen.

Die Goldanleihe der Industrie.
 Die Stellung der Deutschen Volkspartei.
 Bemerkenswerte Worte hierzu schreibt der Abg. Dr. Pinnerneil von der Deutschen Volkspartei im „Hannoverschen Kurier“. Er führt dort u. a. aus:
 Der weltweite größte Teil des deutschen Handels und der deutschen Industrie und der Kaufmannschaft steht in der Deutschen Volkspartei die wirtschaftspolitische Interessenvertretung und besteht, daß der Partei der ihr gebührende Einfluß ausgeübt werden.

Tatsächlich stehen heute wie vor drei Monaten alle führenden Männer der Deutschen Volkspartei in der Deutschnationalen Partei und wohl alle Wirtschaftler der Deutschen Volkspartei auf dem Standpunkt, daß das Littimum nicht zu erfüllen ist; sie hindern aber keinen, mit aller Kraft an der Erfüllung der Forderungen zu arbeiten.

Der Wille zur Mitarbeit ist abhängig von der Einsicht, daß eine Möglichkeit der Mitarbeit vorliegt und es erscheint unerlässlich, daß die Führer des Reichverbandes der deutschen Industrie mit ihren Forderungen mit der Wirtschaftspolitik abhingewiesen haben. Es muß von den Sozialdemokraten und ihren Verbindungen in Geleit erwartet werden, daß die Einsicht genug sei für den Beginn ihres Vaterlandsgelübtes.

Wenn eine Zusammenarbeit auf breiter Basis zustande kommt, so darf bei allen Hoffnungen, die man an diese Zusammenarbeit knüpfen kann, der Optimismus nicht so weit gehen, daß man auf eine Befreiung von anderthalb Milliarden in kurzer Zeit durch die Industrie und den Handel rechnen kann. Man geht nicht fehl, wenn man den ganzen Besitz, den Industrie und Handel in ausländischen Devisen haben, auf eine halbe Milliarde beschränkt. Daß diese eine halbe Milliarde erhöht, hängt zum großen Teil von der inneren und äußeren Wirtschaft ab, die die nächsten Monate bringen. An der Einsicht der Notwendigkeit, mit den Leuten zusammenzugehen, die das Littimum angenommen haben, müssen wir immer wieder betonen, daß die erste Voraussetzung zum Wiederkauf Deutschlands und Europas die Revision des Friedensvertrages und die Revision des Littimums ist!

Die Stellung der Sozialdemokratie.
 Das der „Vorwärts“ beauftragte Gut eingehend mit dem neuen Projekt und Stellung zum nicht abzuwehren gegenüber zu stehen. Er sagt, dieses, ob die Hilfeleistung der Industrie ausreichend sein wird und fordert ihre Regelung durch Gesetz. Im übrigen ist der Hauptvorwurf, den er den neuen Projekt macht, der, daß alles noch viel zu unklar sei. Das Blatt meint, die Sozialdemokratie könne nicht eher von ihrer Forderung der Feuerleitungs-Erfüllung der Wohlstandes abgeben, bis die Gegenseite durch völlig eindeutige Festlegung ihrer Vorrechte Klarheit gibt, ob es sich um eine tatsächliche Hilfe für die Republik handelt.

Von einer etwaigen Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei zur Regierung spricht das sozialdemokratische Zentralorgan bezeichnenderweise kein Wort, also kein zustimmendes, aber auch kein ablehnendes.

Uebereinstimmung in Reichswirtschaftsfragen.
 Der „Vorwärts“ meidet, daß im Reparationsausschuß der Reichswirtschaftsrats, der aber die von den Vertretern der Industrie vorgeschlagenen Maßnahmen zur Beschaffung von Goldbeizung grundsätzlic vereinbarung herbeiführt, eine Arbeitskommission beantragt wurde, die Einzelheiten auszuarbeiten.

Auslands-Rundschau.

Polnische Note an Ausland. Die polnische Regierung hat der Sowjetregierung eine Note überreicht, in der sie sich für die Erfüllung einer Anzahl Bedingungen, die die polnische Regierung in dem Zusammenhang aufstellt: 1. Entlassung aller Gefangenen und Geiseln und Erfüllung der Abmachungen über die Reparation. 2. Leistung der ersten Rate der im Vertrag vorgesehenen Zahlungen. 3. Sofortiger Zutritt der Rekonvaleszenzkommission und Einstellung der Beschleierung polnischer Eigentums. Weiter erklärt die polnische Regierung in dem Bestreben nach Abschluß von Handelsverträgen ihre Bereitwilligkeit, in eine allseitige Befreiung der Frage des Transits, einer Konjunkturfornation und eines Post- und Telegraphenvertrages, sowie alle anderen im Abg. der Vertrag vorgesehene Fragen einzutreten. Die Note ergeht um Erfüllung dieser Punkte bis zum 1. Oktober und erklärt, daß andernfalls Poland die Schuld an Abbruch der diplomatischen Beziehungen trage.

Vom Völkerbund. Nach der Raß des letzten Nächstes zum internationalen Gerichtshof beschloß der Völkerbund, ein Telegramm hierüber an alle Regierungen zu senden. Demnach sprach sich der letzte Generalsekretär, Dr. Fische, die Punkte 1 und 2, die gerechte Behauptung, die Polen in dem Streit, der Rolle Völkerbund behauptete, daß Polen dem Völkerbund so oft lästig fiel; es sei nicht Polens Schuld, sondern nur sein Schicksal. Das gleiche behauptete er von Polens Streit mit allen seinen Nachbarn. Nach ihm verheißt Polen überhaupt nicht zu lassen. Einmütig sprach man sich dann für die Beendigung der Verhandlungen des Falls aus.

Ungarn. Die Alliierten haben eine neue Note an Ungarn geschickt, worin sie mit Entschiedenheit drohen, wenn die Klärung Befragungs nicht sofort erfolgt.

Frankreich. Der Ministerpräsident, der Senat und die Kammer wegen des sich immer weiter ausdehnenden Streiks in Nordfrankreich zu einer außerordentlichen Sitzung am 18. Oktober zusammenzutreten.

Belgien. Belgien hat in seiner Antwort an die Forderung, daß die Konferenz in Anwesenheit stattfinden. Daraufhin wurde in Dublin ein Kabinettsrat abgehalten.

Schweden. Nach amtlichen türkischen Meldungen stiegen sich die Griechen in Richtung auf den Egeischen Meer.

Türkei. Nach den letzten Nachrichten aus Anatolien ist das türkische Meer nicht in der Lage, eine große Offensiv auszuführen. Ihr Konstantinopel besteht keine Gefahr.

Ser. Staaten. Das Kriegministerium hat Befragungen getroffen, um das amerikanische Meer auf 350 000 Mann heranzubringen.

Der Stand der Welt. Es folgten nach den amtlichen Vorträgen der Berliner Börsen am

	1919	16. 9.	1914
100 Holländische Gulden	7.9	16.9	167
100 belgische Franken	22.1	24.15	80
100 dänische Kronen	7.02	7.81	80
100 Estnische Kronen	1.778	1.910	112
100 Schwedische Kronen	6.177	6.240	112
100 finnische Mark	4.80	4.89	80
100 estnische Kronen	874	891	80
100 litauische Kronen	1.07	1.20	80
100 russische Rubel	7.19	7.81	80
100 tschechische Kronen	1.14	1.20	80

Provinz und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 19. September 1921.

Herbstausflug. Am 23. September, vormittags 8 Uhr, nimmt der Herbst seinen Anfang. Er folgt einem seltamen Frühling und Sommer. Am Dinnelstageschnee schneite es in Mitteldeutschland, besonders in Thüringen, von Vormittags bis zum späten Nachmittag demohnen, daß die Landschaft ein vollkommenes Winterbild hat. Auch in Norddeutschland, selbst in dem großen Berlin, fielen viele Schneeflocken. Schade, wurde erstenscheinend nicht angeht. Pfingsten war ideal schön. So blieb es bis in den Juni hinein, der dann plötzlich wieder in vielen Gebieten ein mürkisches Gesicht zeigte. Was dasin hatte es nach dem schneearmen Winter nicht an Regen gefehlt, aber die Menge war so gering in den meisten Landstrichsgebieten gewesen, daß die nötige Trockenheit im eigentlichen Sommer sich sehr nachteilig bemerkbar machte. Ein so früher und warmer Sommer ist kaum seit Menschenedenken nicht da gewesen, und erst in der letzten Woche des scheidenden Sommers ist dann seit Monaten zum ersten Male wieder reicheres Raß gefallen. Den Anforderungen der Natur entsprechend mußte jetzt ein feuchter Herbst kommen. Hoffentlich geht es aber allmählich dem sonst würde die harte Abkühlung freilich Nachschub bringen. Das Raß ist schon arg mitgenommen, aber auf den Feldern und in den Gärten zeigt sich noch Blumenbuntigkeit, und der Segen der Dürre zeigt die volle Herbstbesee. Im sich eines anmutigen Herbstes nach dem Herzen freuen zu können, ist eine fasttweifellose Verhoffung der nächsten Herbstzeit erforderlich. Nur dann kann der laufende Herbst zu seiner vollen Wirkung gelangen. Und wir können ihn in der harten Zeit gebrauchen.

Die deutsche Kriegendeckung 1914/18. Die Angaben der vom Reichsminister und der deutschen Landeskriegsverbände für seine Mitglieder gestellten deutschen Kriegendeckung 1914/18 mit dem nächsten Wochen begonnen werden. Die Stützungsarbeiten dieser Kriegendeckung ist von General-Feldmarschall von Hindenburg und dem Vorstande des Reichsverbandes unterzeichnet worden. Für jede Deckung wird ein Besondere ausgefüllt, das im Reichsverbande der deutschen Kriegendeckung und die des Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen Kriegendeckung, Dr. v. Heering, trägt. Die Ausführungsbestimmungen werden in den nächsten Tagen zum Abdruck kommen. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Anträge auf Verteilung der Kriegendeckung ausschließlich an die deutschen Kriegervereine zu richten sind.

Haushaltsgeheimnis. In der Verammlung am 17. September führten verschiedene Hausbesitzer wieder Klage über unübersichtliches, geblöhtes, in Wohnung ansehendes Vorgehen von Mietern und immer wieder nicht es sich, wie nötig der Blick des Mieterkreises ist, die klar, einmündige Verhältnisse zwischen Mietern und Vermieter schaffen. Um dies zu erreichen, beschloß die Verammlung einmündig eine begründete Eingabe betr. Aufschreitung des Abg. 3 des § 3 der Mietvertrags an das Reichsministerium zu richten. — Die falsche Ansicht eines Verleumdungseinschreibens, daß auf Grund dieses Abg. der Hausbesitzer die Erneuerung von Dämmen, Fenstern usw. beschränken könne, wurde widerlegt durch den Hinweis, daß dieser Satz nur von „Ausbessern“ spricht, die jeder Mieter, der auf eine anständige Wohnung hielt — schon vor dem Kriege selbst machen ließ, weil dies die meisten Hausbesitzer schon damals nicht ausführen lassen konnten, wollten sie nicht bares Geld am Hausbesitzer zahlen.

Wiederholt bei den Mietern empfohlen ein Mieterverein zu gründen, damit in gemeinsamen Sitzungen beider Vorstände und Vereine „sachliche“ Arbeit geleistet werde, die vielleicht der Stadt die Unkosten für das Wohnungswesen „erspart“. — Da auf die vor etwa 6 Wochen an den Magistrat gerichtete Eingabe leider noch keine Nachricht einging wurde beschlossen die Eingabe nochmals vorzulegen zu werden.

Die Firma „Kabital“ Hand-Feuerlöschapparate Dankankst Stützpunkt (Verkaufsbüro für Mitteldeutschland, Gera) umformuliert am Sonntag ihre öffentliche Feuerlöschapparatwerbung bei welcher die feinsten Feuerlöschapparate dieser Apparate praktisch gezeigt wurden. Das ca. 5 Meter hohe Brandobjekt, welches reichlich mit Wasser getränkt war, wurde trotz heftigen Windes schnell und vollständig mit „Kabital“ abgilt. Das Abblenden dieser Apparate wurde je sachlich praktisch vorgeführt wobei sich Jedermann davon überzeugen konnte, daß dies im Augenblick jederzeit ist und dadurch auch Gebäudeführer sehr Art mit solchen Apparaten entgegenzuer werden kann. Die der Vorführung beizuhörende Feuerweh, welche zur Verwendung aller Eventualitäten Sicherheitsvorkehrungen getroffen hatte) sowie die anwesenden Interessenten überlegen sich von der Vortrefflichkeit dieser Apparate. Esmüßige Anweisung äußerten sich recht zufrieden über das Gezeigte, so daß schließlich auch hier, wie bereits anderwärts, diesen äußerst praktischen und empfehlenswerten Feuerlöschern bei Anschaffung der Bezug gegeben wird. Im Allgemeinen wird die Anschaffung solcher Apparate von Feuerweh-Verbänden und Behörden besonders auch für die Landwehrschiff sehr empfohlen.

Voranschläge Bitterung am 20. Sept. 1921.
 Geier, reden, mittags 6 Uhr.

Erwid. d. Lühr., 15. Sept. (Karl-Liebknecht)
 Die Weiser der umliegenden Rittergüter haben sich bereit erklärt, unter Einwirkung mit Kartoffeln zu verkaufen. Democh die Kartoffelpreise noch nicht sinken, so wurde als Höchstpreis 45 Mark je Zentner vereinbart. Hierbei erklärten die Rittergüter bereit, die Kartoffeln 5 Mark unter der Notierung zu liefern. Anzugeben hat ein Rittergut der Stadt bereit einen Preis von 40 Mark den Zentner in Aussicht gestellt. Von der Stadtverordnetenversammlung wurde der Magistrat mit der Beschaffung von Kartoffeln beauftragt.

Reifenhilfe, 15. Sept. Der Reifenbauverein hat in seiner Hauptversammlung am Mittwoch beschlossen dem Reife 5000 Zentner Kartoffeln für Ostfalen und Notleistung kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dem Reifegeleitell ein Beschluß des Reifevereins unterbreitet werden, einen Betrag von 200 000 Mark zu Unterstüzungszwecken zur Verfügung zu stellen.

Landwirte, düngt im Herbst Kalk!

Kalkwerk Weissenfels, Tel. 694

Lichtspiele Weiße Wand



Nur 2 Tage. Achtung!
Das große Sensationsprogramm
Dienstag, d. 20. u. Mittwoch, d. 21. September

Texas Fred!
Der Todes-Cowboy
Wildweibdrama in 5 Akten.
Der Terministen-Klub
Drama in 4 Akten.
Vorführung 6.30 und 8.45 Uhr.
Dienstag 4 Uhr
Kindervorstellung.

Empfehle:
H. Salami 16 Mt.
H. Bratwurst 16 Mt.
pater Bratwurst 14
H. Bratwurst 14 Mt.
H. Bratwurst 12 Mt.
H. Glaschwarzenwurst 10
Paul Hergert,
Eingang von der Sieblung

gegen
Geschäftsaufgabe
verkauft
Fahrradmäntel
und **Schläuche**
alle Ersatzteile erstkl. Ware
zu bedeutend herabgesetzten
Preisen. **Graben Nr. 69.**
Zwei ff. den Wochen alte
Ferkel
verkauft Gut Nr. 24,
Lunthal.

Deutscher Rum, Winkelhausen'
40/42% Alkohol gar. rein gebrannt
Reiner Weinbrand in Originalflaschen
und vom Fass.
Feinster alter Nordhäuser
empfiehlt billigst
Rob. Näther.

Hausbesitzerverein f. L. u. U.
Außerordentliche Hauptversammlung
Montag, den 26. d. M. punkt 8 Uhr im Wohn-
(Vereinszimmer). Tagesordnung:
1. Vorstandswahl und Erneuerung des Vorstandes.
2. Abschluß der Verrechnung bei angefallenen Wirten.
3. Die Hauswirt, die neuen Steuern u. Zwangsabgabe.
Schriftl. Beitrittserklärungen nimmt entgegen
Der Beauftragte: **Paul Hergert.**

Dienstag zum Wochenmarkte empfehle:
Prima Voll-Reis a Pfd. 4.20 Mk.
Bruch-Reis a Pfd. 3.50 Mk.
Prima Weizengries a Pfd. 4.50 Mk.
Feinste Tafelmargarine a Pfd. 11.50 Mk.
Garant. reines weißes Schweineschmalz
a Pfd. 16.00 Mk.
Prima ger. Speck a Pfd. 16.00 Mk.
fett und mager
Prima Vollheringe a Stck 1 Mk.
Frühen Schellfisch sowie Fettbücklinge zum billigsten
Tagespreise.
Becker.

Hotel zum Löwen, Teuchern.
Dienstag, den 20. Sept. abends 8 Uhr
Kammermusik-Abend
des
Schachtebeck-Quartetts, Leipzig
u. **Augusta Schachtebeck-Sorocoker, Klavier**
Programm: Quartette von Mozart und Schubert.
Klavierquintett d. Beethoven.
Eintrittspreis 7.— Mt. inkl. 2.— Mt. Steuer.

Erklärung!
Unseren Lesern sind die Kämpfe bekannt, die das deutsche
Zeitungs-gewerbe fortgesetzt in der Papierpreisfrage: der An-
wesenheitsfrage, der Abrechnungfrage usw. zu führen hat, um
sich die Existenzmöglichkeit zu erhalten.
Die allgemeine Forderung, die sich augenblicklich wieder
auf anheftender Kurve bewegt, ist auch nicht spurlos an dem
Zeitungs-gewerbe vorüber gegangen.
Eine kurze Übersicht über die Verteuerung der Herstel-
lungskosten der Zeitungen möge unseren Lesern das Ver-
ständnis dafür näher bringen.
So folgt:

	Vor dem Kriege:	Orgenwärtig:
Druckpapier	100 kg 21 Mark	348 Mt.
Druckfarbe	100 " 45 "	750 "
Leuchtmetall	100 " 42 "	700 "
Maschinenöl	100 " 80 "	1000 "

Anker in wird das Gewerbe durch die immer weiter
steigenden Gestälter und Abgabe für die Angehörigen und Ar-
beiter und durch die Ausgaben für den Bedarf von Kraft und Ge-
schäftsbetrieb bis zur Grenze des Erträglichsten belastet. Aus
allen diesen Ursachen heraus ist es sich die unten genannten
Zeitungen zu jung u. vom 1. Oktober 1921 ab eine Er-
höhung der Abonnements- und Anzeigenpreise
nötig zu lassen. Sie verbinden damit die Hoffnung, daß
die Leser auch weiterhin in Anerkennung der zwingenden Not-
wendigkeit dieser Maßnahme ihren Blättern die Treue halten
werden.
Die neuen Preise sind ab heute am Kopf jeder Zeitung
ersichtlich.

Berein deutscher Zeitungsverleger
(Aussch. Mitteldeutschland)
Freiburger Post, Freiburg, Hallsche Ndr., Halle, Hal-
sche Bg., Halle, Saale-Bg., Halle, Vo. Kstümme, Halle,
Volkzeitung, Halle, Ruffenst., Halle, Wochenblatt, Hohen-
hausen, Nachrichten, Vaudelst., Kreisblatt, Viehwirtschaft,
Finanzzeitung, Völsch., Volksbote, Vgl. u. Korrespondent
Merseburg, Tagblatt, Merseburg, Vgl. d. G. H. H.,
Mücheln, Tageblatt, Naumburg, Pittina, Dierfeld, Gbe-
und Güterbote, Pretin, Tageblatt, Querfurt, Zeitung,
Querfurt, Zeitung, Sch. H. H., Tageblatt, Sch. H. H., An-
zeiger, Sch. H. H., Anzeiger, Seyda, Wochentlicher Anzeiger,
Teuchern, Anzeiger, Teuchern, Tageblatt, Weissenfels,
Zeitung, Weissenfels, Allg. Zeitung, Wittenberg, Tageblatt,
Wittenberg.

Berliner
Gasspiel-Theater.
Norddeutscher Hof, Teuchern.
Mittwoch, den 21. September
abends punkt 8 Uhr
Großer Schauspielabend.
Das einzigdastehende Werk.
An allen großen Theatern mit Erfolg angeführt.
**Wo die Schwalben
nisten**
Schauspiel in 4 Aufzügen.
In den Pausen Konzert der Stadtkapelle.

Schuhwarenhändler
Prima Arbeitsschuhwerk
Schaffstiefel u. Schnürstiefel in braun, schwarz, schwarz,
Nubleder mit Halbsohle, Gamasen, Abgamasen, Militärkorn
Prima Straßenschuhwerk
in Nubleder, Rostherbezug und g. weiche Kalbin für Herren,
Damen, Knaben und Kinder in modernen Formen
lieferiert in jeder g. weichen Paarzahl
Arno Landmann, Schuhfabrik, Weissenfels
Zuverlässige
Frau Cinen Knecht
zum Zeitungsanstrengen wird
für sofort gesucht.
Geschäftsstelle dieses Blattes.
Sucht sofort bei hohem Lohn
Wolff Zimmermann,
Hortau.

Montag, den 19. d. M.
erhalten wir
dänische, belgische, schwedische
und **oldenburger**
Pferde
S. Reifert u. Sohn, Freiburg (Unstr.)
Fernsprecher 7.

Junges
Fräulein
für leichte Kontorarbeiten
(Schreibmaschinenführ. er-
wünscht) für sofort gesucht
J. Birnbach, Weissenfels,
Markt 6.
Gute Belohnung
sichere ich denjenigen zu, wel-
cher mir die Personen namhaft
macht, welche mir am Sonntag
mittag von 1-3 Uhr meine
Gartenstühle zerlegen u. zer-
stören gestohlen haben, damit ich
dieselben gerichtlich belangen
kann.
Kurt Hahn.
Anfichtskarten zu haben
bei **D. Dieckmann.**

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Habe mich nach mehrjähriger Tätigkeit als Assistent der
Universitätsaugenkl. Jena als
Facharzt für Augenkrankheiten
in **Naumburg** niedergelassen.
Beginn der Sprechstunden am Sonnabend, den 1. Oktober 1921.
Sprechstunden: Wochentags v. 9-12 und v. 3-5 Uhr.
Sonn- und Feiertags nur in dringenden Fällen.
Zur Rassenproaxis zugelassen.
Dr. med. Fritz Becker, Naumburg
Speckhart 20 (Eingang Bergstraße). Telephon Nr. 82.

Frühen Schellfisch
empfiehlt **Edw. Garnisch.**
1 Ziege
zu verkaufen
Unteressa 38.
Ein fast neuer
Gehrock-Anzug
zu verkaufen
Zeitzerstr. 24.
Einjähriger
Springbock
hebt zur Verfügung.
Unteressa 36.

Schulleitung, Druck und Verlag von Otto Beyeranz, Teuchern. Hierzu eine Beilage der Firma H. Steuer in Konstanz.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsmonatliche Monatszeitung 60 Pf. Postamtsgeld 1.— Pfl.
Eingelienannahme in der Redaktion dieses Blattes, Poststraße 10, bis 10 Uhr Vormittags 8 Uhr. Briefe und komplizierte Eingelien müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Streichholzverkauf: Durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Pf. von unseren Notizen ins Hand gebracht 6,00 Pf. und durch den Streichholz 2 Pf. Einzelnummer 20 Pf.

Streichholzverkauf und monatliche Besuche werden auch in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, und von unserer Seite nach allen Wohnorten angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 111

Dienstag, den 20. September 1921.

60. Jahrgang

Das getränkte Frankreich.

In Paris sieht man ein, daß sich Frankreichs Stellung zu seinen Verbündeten und zu den Neutralen geändert hat. Es geht nicht mehr nach seinem Willen, und ist durch bitter getränkt. Vor einem Jahre, nach der Konferenz von Spa, stand es auf der Höhe seines politischen Einflusses in Europa, es hatte England überbunden, Italien umgürtet und feste durch, was es wollte. Die Sanktionen und das Ultimatum brachten den Umsturz. Unter den Folgen ist nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa, voran das auf den ungestörten Handel angewiesene England. Sich zu Frankreichs Gunsten schädigen zu lassen, bestand nirgends Meinung, die geschickte Pariser Konferenz über Überwindung brachte das deutlich zu Tage. Die Wasserbündelung in Genf verdrängte diese Aufgabe.

Die Pariser Beschlüsse beschränken sich nicht über die Zurückführung Frankreichs bei der Verteilung der ersten deutschen Goldmilliarde und über die Nichtberücksichtigung des französischen „Rechts“ in Ober-Ober-Ober. Von einem solchen „Recht“ ist bekanntlich keine Rede, und daß Deutschland außer Stande ist, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen, wenn es noch weitere Konventionen erhebt, weiß jeder. Es ist deutlich, daß Frankreich, während es sich über die Abweisung seiner Interessen durch seine eigenen Freunde beklagt, mit erhöhter Energie darauf besteht, sich an Deutschland schadlos zu halten. Die Sanktionen, die am 15. September fallen mußten, sollen unter nicht stichtigen Umständen bestehen bleiben, und eine neue Aktion wird gegen die angestrebte deutsche Selbst, den Vortritt zu erklären, geplant. Die Garantiekommision der Entente, die am 23. Oktober nach Berlin kommt, soll genau prüfen, ob die deutschen Wechselausgaben nicht zur Sicherung der Reparationsleistungen ermöglicht werden können. Wenn die Garantiekommision die Möglichkeit geprüft werden sollen, so ist das, was unsere Verpflichtungen bisher nachkommen sind, Sache der deutschen Reichsregierung und nicht der Entente. Wer kann wir mit

Staatsminister Wislizenau sei in seinem Bericht höchst leichtfertig umgegangen. Die bisherigen Feststellungen berechnen in keiner Weise dazu, von einer Währungsreform in Bayern zu sprechen.

Die Fortsetzung der „Sanktionen“.

Die französische Regierung veröffentlicht ein offizielles Kommuniqué, worin sie erklärt, daß die Sanktionen im Rheinland nicht aufgehoben wurden, weil die deutsche Regierung dem Antrag der französischen Regierung der Erziehung eines Ein- und Ausfuhrzins zustimmen, nicht ganz geantwortet habe. Allerdings richtete die Reichsregierung am 26. August an die französische Regierung eine Note, worin sie der Erziehung eines solchen Zins unter gewissen Bedingungen zustimmte. Auf diese Note antwortete Brand fürstlich und verkündete gleichzeitig den deutschen Botschafter in Paris, daß die Aufhebung der Sanktionen mit der formellen und bedingungslosen Annahme des interalliierten Ein- und Ausfuhrzins verknüpft sei. Die diesbezügliche Mitteilung wurde bis zum 15. September in Paris nicht eingetroffen war, hätten die Sanktionen nicht aufgehoben werden können.

England ist anderer Ansicht.

Zur gleichen Angelegenheit veröffentlicht dagegen weiter eine halbamtliche englische Auslassung, die in offiziellem Gegensatz zu der französischen Mitteilung steht. Darin heißt es nämlich zunächst, daß die Besprechungen zwischen London, Paris und Brüssel über die Aufhebung oder Aufrechterhaltung der Deutschland auferlegten wirtschaftlichen Sanktionen andauern. Der Oberste Rat war im August übereingekommen, die Zollkontrollen auf dem rechten Rheinufer aufzuheben, vorausgesetzt, daß Deutschland eine Milliarde Goldmark bis zum 31. August zahlte. Er hatte ferner die Einsetzung eines interalliierten Ausschusses beschloffen, der die Bemittlung von Einfuhr- und Ausfuhrerleichterungen übernahm sollte.

Die französische Regierung fordere, daß dieser Ausschuss viel weitere Machtbefugnisse erhalte; er sollte eine besondere Körperlichkeit sein mit voller Befugnis, Deutschland hinsichtlich der Erstellung aller Berechnungen Vorschriften zu machen. Es wird in London nicht verstanden, wenn der interalliierte Ausschuss so umfangreiche Machtbefugnisse erhielt, welche Vorteile Deutschland dann durch die Aufhebung der Sanktionen gewinnen würde. Obwohl als ausgemacht gelte, daß Deutschland der Einsetzung des vorgelegenen Ausschusses im Prinzip zugestimmt hat, behauptete die französische Regierung, daß Deutschland nicht gewillt sei, den Plan durchzuführen, und sie erklärte, daß die wirtschaftlichen Sanktionen deshalb aufrecht erhalten werden müßten.

Wenn gewisse Punkte, so schließlich die Weitererklärung, durch die jetzt im Gange befindlichen Besprechungen aufgearbeitet sein werden, dann wird zu verständlich erwartet, daß die Frage in befruchtender Weise gelöst werden wird.

Auch Belgien für Aufhebung der „Sanktionen“.

Der belgische Minister des Auswärtigen, Jaspar, erklärte einem Pressevertreter über die Frage der „Sanktionen“, daß die Antwort der deutschen Regierung noch unbestimmt geblieben sei. Es bestehe indes kein Zweifel daran, daß eine Regelung nahe bevorstehe. Jedermann müsse wünschen, daß Maßnahmen ein Ende gesetzt werde, die das Wirtschaftliche nicht nur des Rheinlandes in seinen Beziehungen mit Deutschland, sondern auch des linken Rheinufer im Verkehr mit Belgien empfindlich stören.

Frankreichs „Garantiepolitik“.

Im Finanzgespräch der französischen Kammer gab Doumer einen Überblick über die Wiesbadener Verhandlungen. Er habe sich besonders mit dem Fall beschäftigt, daß Deutschland Zahlungsverpflichtungen, dann werde Frankreich die Kontrolle mit Bezug auf die deutsche Ein- und Ausfuhr übernehmen. England, das sich bisher dieser Politik grundsätzlich feindlich gezeigt habe, scheine heute, da es besser informiert sei, auch seinerseits die Zahlungsverpflichtung Deutschlands fürchtete, geneigt zu sein, mit Frankreich die Garantiepolitik durchzuführen.

Die neue preussische Grundsteuer.

Der Entwurf der preussischen Regierung über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen ist bekanntlich jetzt dem preussischen Staatsrat zugewandt. In einer amtlichen Begründung des Entwurfs wird ausgeführt, daß der preussische Staatshaushaltsplan für 1921 einen Fehlbetrag von 200 Millionen Mark aufweist. In dieser Finanznot nimmt der Staat die Einnahmen aus

der Grund- und Gebäudensteuer für sich in Anspruch und schränkt damit die Einnahmen der Gemeinden stark ein.

Bestimmung.

Als vorläufige Besteuerungsgrundlage sieht der Entwurf die Wertemessung nach dem preussischen Ergänzungsgesetz vor, weil sie auch die landwirtschaftlichen Betriebsmittel in den Kreis des Grundvermögens einbezieht, und weil sie die Steuerobjekte nach wirtschaftlichen Einheiten erfaßt. Dagegen soll ein Abzug der Hypothekenzinsen nicht zugelassen werden, weil die Ertragsteuern nicht wie Einkommensteuern ausgeglichen werden dürfen.

Verpflichtung des „Realvermögens“.

Bei der Berechnung soll dem inländischen Inhaber der Gebäudevermögen der Wert der wirtschaftlichen Beziehungen getragenen Gebäuden, so daß „bis auf weiteres“ bei den lands- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundflächen das dreifache, bei den übrigen Grundflächen das anderthalbfache des letzten Ergänzungsgesetzes ermittelt angenommen wird.

Der Steuerfuß.

Der Entwurf sieht, ausgehend von dem 10 v. H. Satz der Grundsteuer, eine Belastung mit 10 v. H. des Ertrages der Grundfläche vor. Die Steuer soll deshalb (unter Annahme einer vierprozentigen Verminderung des Bruttoertrags) von dem Landwirt getragen. Berechnungen ergeben, daß bei dem durchschnittlichen Grundbesitz des Bauern in Preußen durch die neue Steuerfuß von 10 v. H. belastet werden, während für den landwirtschaftlichen Besitz die Belastung durchschnittlich auf den Morgen 4,40, bei den am wenigsten ergiebigen Böden 2,80 und bei den ergiebigsten 9,60 Mark ausmacht.

Abwägung der Steuer.

Die Regierung gibt selbst an, daß die neue Steuer eine recht erhebliche Belastung bedeutet und daß der Eigentümer von Grundvermögen genötigt sein würde, auf andere Quellen abzurufen. Eine Abwägung der Steuer auf die Steuer und auf die Konjunkturalerwartungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird also nicht vollständig ungenügend sein. Für Landwirte und Mieter der Gebäude schafft der Entwurf ausdrücklich die Möglichkeit einer Abwägung, wie sie übrigens für die Bemessung von Gebäuden oder Gebäudeteilen auch das Mietrecht vorgelassen ist.

Der Ertrag der Steuer

Er ist auf 988 Millionen Mark veranschlagt. An diesem Aufkommen sollen die land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke mit rund 456 Millionen Mark, die übrigen, d. h. Miethäuser, Eigentümehäuser, gewerbliche Grundstücke, Baupläne usw., mit etwa 492 Millionen Mark beteiligt sein.

Das voraussichtliche Steueraufkommen deckt den Fehlbetrag des Haushaltesplans für 1921 noch nicht auf Hälfte. Die Deckung des übrigen Fehlbetrages erhofft man von einem erhöhten Aufkommen aus den Kreissteuern.

Deutsches Reich.

19. September 1921.

„Eine neue Zusammenkunft in Wiesbaden.“ Die Pariser Zeitung „Intransigent“ berichtet, daß eine neue Zusammenkunft zwischen Doumer und Wislizenau im Laufe der nächsten Woche in Wiesbaden stattfinden wird. Wie das Blatt weiter berichtet, soll Doumer einen Vorschlag über die Regelung der Ausfuhrfragen in der Tasche haben, über den er mit Wislizenau zu sprechen beabsichtigt.

„Zurückkehrende Kriegsgefangene.“ Nach einer Mitteilung aus Wladivostok kehren 50 Deutsche, die sich inhaftiert noch in Wladivostok befanden, auf dem Dampfer „Cruel“ nach Deutschland heim. Der Dampfer „Cruel“ hat Wladivostok am 9. September verlassen und wird etwa in 7 Wochen Ende Oktober in Deutschland eintreffen. — In Ostavia ist eine Anzahl ausgewiesene Deutsche eingetroffen, von denen die Hälfte auf dem Dampfer „Diambi“ des Rotterdamer Handelsniederlassung am 26. September in Rotterdam eintrafen und sich sofort nach Deutschland in Wesel begeben für den Empfang und die Weiterreise des Transportes Sorge tragen.

Die Abfertigung von Flusschiffen. Die Reparationskommission veröffentlicht einen Bericht über die deutschen Abfertigungen von Flussfahrzeugen, die die Abfertigung der deutschen Flusschiffe an der Ostsee mit der Prüfung dieser Angelegenheit beschäftigt. Er bestimmt, daß die Abfertigungen keinesfalls 20 Prozent der Gesamtzahl der deutschen Flussfahrzeuge bis zum 1. November 1918 übersteigen dürfen. Die belgische und die französische Regierung haben mit Deutschland Vereinbarungen getroffen, einen Teil der alten Fahrpläne zu ersetzen, die durch neue zu ersetzen, da es sich herausstellte, daß eine Anzahl der deutschen und belgischen Flussfahrzeuge auf den französischen und belgischen Flüssen nicht gangbar sind. Es handelt sich um ungefähr 100 000 T. Schiffraum als Kompensation für die französischen und um 68 000 T. für die belgischen Verluste.



an sich trügen, von höchsten Beamten des Reiches gegen eine Landesregierung Stellung genommen wurde. Auf die Kunde in dem Maße, in dem der Charakter der Lager bei Münden und die Besetzung der Festungen durch Polizei hätte man nicht hereinfallen sollen. Solches Verhalten trage nicht zu einer Klärung der jetzigen Spannung bei. Es sei unerhört, daß der Bericht Wislizenaus der bayerischen Regierung noch nicht zur Kenntnis gekommen sei.
Die Abfertigungen gegen den Postminister Dr. Roth seien gelaufen. Der Kapitän Ehrhardt habe nur zurzeit der Auflösung seiner Truppe im März 1920 den Polizeipräsidenten Böcher wegen der Unterbringung seiner Leute mehrere Male aufgesucht, zur gleichen Zeit verheißt Ehrhardt auch noch im Reichswehrministerium. Der Satzbescheid gegen Ehrhardt wurde erst im Mai erlassen, seitdem ist Ehrhardt nicht mehr mit Ehrhardt in Verbindung gekommen und hat die gesamte bayerische Polizei nach Ehrhardt gefahndet. Daß es noch nicht gelungen sei, sei nicht Schuld der Polizei.